

## Aus dem Grossen Rat

### Seid umschlungen, Millionen!

Gregor Biffiger, SVP, Berikon

Bei der Steuergesetzdebatte lagen die Nerven überall blank. Die Voten waren angriffig und die gegenseitigen Vorwürfe zahlreich. Katharina Kerr (SP), die Iron Lady des Aargauer Klassenkampfes, hatte schon letzte Woche angesichts angeblich verführerischer Kompromissvorschläge der bürgerlichen Ratshälfte vor unheilbringenden Danaergeschenken gewarnt. Sie bemühte dazu eigens den römischen Dichter Vergil mit einem Zitat aus der Aeneis: "Timeo Danaeos et dona ferentes" ("Ich fürchte mich vor den Griechen und den Geschenken, die sie mitbringen"), wo er auf das Trojanische Pferd anspielt. Diese Woche folgte dann ein Frontalangriff auf die Grossratspräsidentin, der sie in der Hitze des Gefechts "Spinnsch eigentli!" zurief, sich dann aber umgehend entschuldigte.

In der Tat: Bei der Teilrevision des aargauischen Steuergesetzes geht es um sehr viel. Vermeintliche Steuergeschenke an die Reichen und Steuerausfälle von Kanton und Gemeinden auf der einen, Positionierung unseres Kantons im knallharten Steuerwettbewerb auf der anderen Seite. In Bälde werden die Standortkarten definitiv verteilt sein und die aktuelle Revision ist die letzte Chance, die Karten nochmals neu zu mischen. Regierungsrätliche Wachstumsinitiative zwar in Ehren, gefragt sind aber handfeste Taten.

Nachdem es der Grosse Rat vor Wochenfrist noch knapp abgelehnt hatte, die Einkommens- und Vermögenssteuertarife nach unten zu korrigieren, setzten sich FDP und SVP im zweiten Anlauf knapp durch. Daneben erfolgten Entlastungen bei den Ertragssteuern für juristische Personen, mehr als hälftige Senkung der Kapitalsteuer, Anrechnung der Gewinn- an die Kapitalsteuer, verlängerter Aufschub der Grundstückgewinnsteuer bei Veräusserung einer selbst genutzten Wohnliegenschaft und gleichartiger Reinvestition sowie Erhöhung der Anlagenkostenpauschale um 5 % bei einer Immobilienbesitzesdauer von mehr als 10 Jahren.

Die etappiert beschlossenen Entlastungen werden bei statischer Betrachtung 2007 und 2008 zu Steuerausfällen von 53 Millionen Franken beim Kanton und von 44 Millionen Franken bei den Gemeinden führen. Ab 2009 werden es beim Kanton 260 Millionen und bei den Gemeinden 180 Millionen sein. Erfahrungen der letzten Steuergesetzrevision und dynamische Rechnungsmodelle zeigen jedoch, dass die Ausfälle faktisch viel geringer sein werden.

Hinweise auf mögliche Spielräume bei der zweiten Lesung, wie etwa vorgezogener Ausgleich der kalten Progression, nochmalige Überprüfung der beschlossenen Tarife und Etappierungen sowie allfälliges Fallenlassen der im Aufgaben- und Finanzplan verankerten Forderung nach Rechnungsüberschüssen, verfehlten ihre Wirkung nicht. So passierte das Steuergesetz in der Schlussabstimmung mit 96 zu 37 Stimmen von SP und Grünen. Die CVP stimmte fürs Erste widerwillig zu. Allerdings wird sie sich bis zur Zweitberatung noch vertieft mit ihrem Legislaturprogramm 2005-2009 auseinandersetzen und ihrer Wählerschaft erklären müssen, weshalb sie als Familienpartei erhöhte Kinderabzüge verweigert, als selbsternannte KMU-Partei reduzierte Einkommens- und Vermögenssteuertarife für natürliche Personen und damit auch für die Hälfte aller Aargauer KMU ablehnt und weshalb sie die Anliegen der Hauseigentümer bei der Immobilienbesteuerung ignoriert.

Nun werden die Lobbyisten das halbfertige Werk des Grossen Rates gehörig unter Beschuss nehmen. Denn wer gibt schon freiwillig etwas her: Seid umschlungen, Millionen!